


Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr am 23.01.2025

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	19:28 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiter:	Herr Kordon
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Dringliche Angelegenheiten	
4.	Genehmigung der Niederschrift	
4.1.	Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr vom 24.10.2024	0050/25
4.2.	Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr vom 29.10.2024	0051/25

4.3.	Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr vom 21.11.2024	0075/25
5.	Behandlung von Anfragen	
5.1.	Vier neue Turnhallen versprochen – Sachstand Fragesteller: Fraktion CDU, Herr Hose BE: Beigeordneter für Bau und Verkehr	1631/24
5.2.	Ortsteil Töttelstädt – Änderung des Flächennutzungsplanes Fragesteller: Ortsteilbürgermeister Töttelstädt, Herr Müller BE: komm. Leiterin des Dezernates für Kultur, Stadtentwicklung und Welterbe	1686/24
5.3.	Beleuchtung Radabstellanlagen Fragesteller: Fraktion Mehrwertstadt, Herr Straube BE: Beigeordneter für Bau und Verkehr	1862/24
5.4.	Hochwasserschutz für die Ortsteile im Osten von Erfurt entlang des Pfingstbaches//Urbaches und des Linderbaches Fragesteller: Ortsteilbürgermeister Linderbach, Herr Petzold BE: komm. Leiterin des Dezernates für Kultur, Stadtentwicklung und Welterbe	2043/24
5.5.	Magdeburger Allee: Müll in den Baumscheiben Fragesteller: Fraktion CDU, Herr Hose BE: komm. Leiterin des Dezernates Sicherheit, Umwelt und Sport	2052/24
5.6.	Anforderungsdefinition Lufthygienegutachten, Nachfrage zur DS 0997/24 Fragesteller: Ortsteilbürgermeister Urbich, Herr Fitzenreiter BE: komm. Leiterin des Dezernates für Kultur, Stadtentwicklung und Welterbe	2091/24
5.7.	Verkehrssituation - Grundschule am Schwemmbach Fragesteller: Fraktion CDU, Herr Kordon BE: Beigeordneter für Bau und Verkehr	2132/24

5.8.	Sachstand Projekt Gerablick in Erfurt Fragesteller: Ortsteilbürgermeister Bischleben-Stedten, Herr Hicke BE: komm. Leiterin des Dezernates für Kultur, Stadtentwicklung und Welterbe	2145/24
5.9.	Förderprogramm für „Natürlichen Klimaschutz in Kommunen“: Hat sich Erfurt daran beteiligt? Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Robeck BE: komm. Leiterin des Dezernates für Kultur, Stadtentwicklung und Welterbe	2169/24
6.	Behandlung von Entscheidungsvorlagen	
6.1.	Widmung der Straßen "Bürgermeister-Karst-Gasse" und "Pfarrer-Andreä-Weg" in Stotternheim BE: Leiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes hinzugezogen: Ortsteilbürgermeister von Stotternheim	1037/24
6.2.	Komplexobjekt Graf-Gotter-Straße Süd in Molsdorf - Bestätigung der Entwurfsplanung BE: Leiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes hinzugezogen: Ortsteilbürgermeister von Molsdorf	1044/24
6.3.	Neubau Schulsporthalle für die GEM 6 in Hochheim BE: Leiter des Amtes für Gebäudemanagements hinzugezogen: Ortsteilbürgermeister von Hochheim	1484/24
6.3.1.	Antrag Ortsteilbürgermeister Hochheim zur DS 1484/24 - Neubau Schulsporthalle für die GEM 6 in Hochheim	0187/25
7.	Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates	
7.1.	Sondernutzungsgebühren: Innenstadt beleben, Außengastroflächen kostengünstig erweitern BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN hinzugezogen: komm. Leiterin des Dezernates für Sicherheit, Umwelt und Sport	1236/24
7.2.	Schulweg in Kerspleben sicher gestalten BE: Vertreter Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN hinzugezogen: Beigeordneter für Bau und Verkehr; Ortsteilbürgermeister von Kerspleben	1919/24

- | | | |
|------|--|----------------|
| 7.3. | Maßnahmen gegen Sachbeschädigungen in Schulen und Turnhallen
BE: Vertreter der Fraktion AfD
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit | 2409/24 |
| 7.4. | Änderung Beschluss 1095/24 - Konzept Winterdienst in der Stadt Erfurt für die Winterperioden 2024/25 - 2026/27
BE: Ortsteilbürgermeister von Vieselbach
hinzugezogen: Beigeordneter für Bau und Verkehr | 0047/25 |
| 7.5. | Verbesserte Zustandsbewertung und Maßnahmenplanung für Schulgebäude
BE: Vertreter der Fraktion AfD
hinzugezogen: Beigeordneter für Bau und Verkehr | 0055/25 |
| 8. | Festlegungen des Ausschusses | |
| 8.1. | Regelmäßige Berichterstattung - Modellvorhaben zur Weiterentwicklung der Städtebauförderung (DS 2645/19)
BE: komm. Leiterin des Dezernates für Kultur, Stadtentwicklung und Welterbe | 0356/20 |
| 8.2. | Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des SBUKV vom 24.10.2024 zum TOP 5.7 - Barrierefreiheit der Musikschule - Handlungsbedarf für Schüler im Rollstuhl (DS 1079/24) – hier: kurzfristiger Lösungsansatz
BE: Beigeordneter für Bau und Verkehr | 2075/24 |
| 8.3. | Festlegung aus der öffentl. Folgesitzung des SBUKV vom 29.10.2024 zum TOP 4.1 - EFRE-Förderung für das Projekt der SWE UmweltService GmbH (DS 1536/24) hier: CO2-Einsparungen
BE: komm. Leiterin des Dezernates für Kultur, Stadtentwicklung und Welterbe | 2128/24 |
| 8.4. | Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des SBUKV vom 21.11.2024 zum TOP 4.2 - Besetzung der Pforte am Hauptfriedhof (Drucksache 1798/24) - hier: Personelle und finanzielle Auswirkungen einer Ausweitung der Öffnungszeiten
BE: Beigeordneter für Bau und Verkehr | 2366/24 |

- | | | |
|------|--|----------------|
| 8.5. | Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des SBUKV vom 21.11.2024 zum TOP 4.5 - Bürgerhaus in Schwerborn (Drucksache 1857/24) - hier: Brandschutzkonzept
BE: Beigeordneter für Bau und Verkehr | 2368/24 |
| 9. | Informationen | |
| 9.1. | „Neue Mitte Südost“ – weiteres Verfahren, Planungsvergabe nach § 18 VgV als Wettbewerblicher Dialog
BE: Leiter des Amtes für Stadtentwicklung und Stadtplanung | 1409/24 |
| 9.2. | Sachstandsbericht ICE-City-Ost, DB Campus, Bebauungsplan KRV706
BE: Leiter des Amtes für Stadtentwicklung und Stadtplanung
hinzugezogen: Vertreter der Deutschen Bahn AG | 2491/24 |
| 9.3. | Haushaltsplanung 2024/2025 - Haushaltsbegleitbeschluss Nr. 21 - Information zum Umsetzungsstand von Investitionen
BE: Beigeordneter für Bau und Verkehr | 2512/24 |
| 9.4. | Mündliche Informationen | |
| 9.5. | Sonstige Informationen | |

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Der Vorsitzende, Herr Kordon, Fraktion CDU, eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr, stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßte die Ausschussmitglieder, Pressevertreter und alle Gäste.

Zu Beginn der Sitzung waren 14 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Herr Kordon gab bekannt, dass durch die Verwaltung um Vertagung der Drucksache 2491/24 Sachstandsbericht ICE-City-Ost, DB Campus (TOP 9.2) in den nächsten Ausschuss am 27.02.2025 gebeten wird, da die Deutsche Bahn eine Teilnahme an der heutigen Sitzung krankheitsbedingt nicht absichern kann.

Weiterhin wurde mitgeteilt, dass durch den Einreicher Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN die Drucksache 1236/24 „Sondernutzungsgebühren: Innenstadt beleben, Außengastroflächen kostengünstig erweitern“ (TOP 7.1) und die Drucksache 1919/24 „Schulweg in Kerspleben sicher gestalten“ (TOP 7.2) im Vorfeld zur Sitzung zurückgezogen wurde. Eine Behandlung erfolge somit nicht.

Durch den Einreicher wurde um Vertagung der Drucksache 2132/24 „Verkehrssituation - Grundschule am Schwemmbach“ (TOP 5.7) auf die nächste Sitzung des Ausschusses am 27. Februar 2025 gebeten.

Vor dem Hintergrund der anwesenden Gäste wurde zudem durch den Beigeordneten für Bau und Verkehr, Herrn Bärwolff vorgeschlagen, den TOP 6.3 „Neubau Schulsporthalle für die GEM 6 in Hochheim“ (DS1484/24) vor dem TOP 5 Behandlung von Anfragen zu behandeln.

Darüber hinaus wurde durch Herrn Kordon informiert, dass zu dieser Drucksache ein nicht fristgerecht eingereichter Änderungsantrag des Ortsteilbürgermeisters von Hochheim (Drucksache 0187/25) vorliegt.

Nachdem keine Begründung zur Dringlichkeit erbeten wurde, bat der Ausschussvorsitzende die Ausschussmitglieder um Abstimmung über die Aufnahme des Änderungsantrages in die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Die notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit wurde erreicht und die Dringlichkeit bestätigt.

Da weitere Anträge zur Änderung der Tagesordnung ausblieben, wurde über die so geänderte Tagesordnung abgestimmt.

Abstimmungsergebnis

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

3. Dringliche Angelegenheiten

Die Behandlung weiterer dringlicher Angelegenheiten war nicht erforderlich.

4. Genehmigung der Niederschrift

- 4.1. Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr vom 24.10.2024 0050/25**

Es wurden weder schriftliche noch mündliche Einwände gegen die Niederschrift erhoben.

genehmigt Ja 10 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0

- 4.2. Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr vom 29.10.2024 0051/25**

Es wurden weder schriftliche noch mündliche Einwände gegen die Niederschrift erhoben.

genehmigt Ja 8 Nein 0 Enthaltung 5 Befangen 0

- 4.3. Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr vom 21.11.2024 0075/25**

Es wurden weder schriftliche noch mündliche Einwände gegen die Niederschrift erhoben.

genehmigt Ja 12 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

5. Behandlung von Anfragen

- 5.1. Vier neue Turnhallen versprochen – Sachstand 1631/24**
Fragesteller: Fraktion CDU, Herr Hose
BE: Beigeordneter für Bau und Verkehr

Auf Nachfragen des Ausschussvorsitzenden, Herrn Kordon, Fraktion CDU, wann zeitlich mit einer Beschlussvorlage, wie in der Stellungnahme angekündigt, gerechnet werden könne, erklärte der Leiter des Amtes für Gebäudemanagement, dass noch kein Grundsatzbeschluss

an den Oberbürgermeister weitergeleitet wurde, jedoch in den kommenden Wochen mit einer Behandlung in einer der Dienstberatungen des Oberbürgermeisters zu rechnen ist.

zur Kenntnis genommen

- 5.2. Ortsteil Töttelstädt – Änderung des Flächennutzungsplanes 1686/24**
Fragesteller: Ortsteilbürgermeister Töttelstädt, Herr Müller
BE: komm. Leiterin des Dezernates für Kultur, Stadtentwicklung und Welterbe

Durch den anwesenden Ortsteilbürgermeister von Töttelstädt, Herrn Müller, wurden nochmals die Begebenheiten der betroffenen Fläche erläutert und um nähere Informationen hinsichtlich des Sachstandes sowie nähere Erläuterungen zur Stellungnahme erbeten.

Der zuständige Mitarbeiter des Amtes für Stadtentwicklung und Stadtplanung führte aus, dass zurückliegend Potentialflächen vorhanden waren, diese sich aber nicht mehr eignen. Die Prüfung neuer Flächen sei durchaus möglich, aber hier müsse unter Beachtung der gesetzlichen Regularien und unter den Aspekten des angrenzenden Weißbachs und möglicher Unwetterereignisse, die Fragestellung der Entwässerung der potentiellen Wohnbauflächen geklärt werden. Ein entsprechender Prüfauftrag kann an den Entwässerungsbetrieb weitergeleitet werden. Abschließend erlaubte er sich den Ratschlag, einen solchen Prüfauftrag generell erst zu stellen, wenn konkrete Projektpläne vorliegen, da im Rahmen einer Prüfung die gesamte Ortslage geprüft werden müsse.

zur Kenntnis genommen

- 5.3. Beleuchtung Radabstellanlagen 1862/24**
Fragesteller: Fraktion Mehrwertstadt, Herr Straube
BE: Beigeordneter für Bau und Verkehr

Es bestanden keine weiteren Nachfragen. Der Fragesteller bedankte sich für die Beantwortung durch den Oberbürgermeister.

zur Kenntnis genommen

- 5.4. Hochwasserschutz für die Ortsteile im Osten von Erfurt entlang des Pfungstbaches//Urbaches und des Linderbaches 2043/24**
Fragesteller: Ortsteilbürgermeister Linderbach, Herr Petzold
BE: komm. Leiterin des Dezernates für Kultur, Stadtentwicklung und Welterbe

Der Abteilungsleiter für Stadtplanung, des Amtes für Stadtentwicklung und Stadtplanung, erläuterte aufgrund der Nachfragen der Ortsteilbürgermeister von Linderbach, Herrn Petzold sowie des Ortsteilbürgermeisters von Urbich, Herrn Fitzenreiter, aus welchem Grund das neue Mischgebiet im Bereich der Dittelstädter Grenze - Bebauungsplan „BUE219/218“ nicht mit in die Überprüfung mit einbezogen wurde. Er verwies nochmals auf den seit 1994 bestehenden, rechtswirksamen Bebauungsplan. Einzelne erschließungstechnische Fragen zu Bauvorhaben, welche der Bebauungsplan nicht abschließend regelt, sind vertraglich bzw. im Rahmen der Baugenehmigung zu klären, schloss der zuständige Abteilungsleiter seine Ausführungen ab. Durch den Amtsleiter des Umwelt- und Naturschutzamtes wurde bestätigt, dass die Fragestellung der Entwässerung im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens für die jeweiligen Bauvorhaben seitens der unteren Wasserbehörde geprüft werde.

zur Kenntnis genommen

- 5.5. Magdeburger Allee: Müll in den Baumscheiben 2052/24**
Fragesteller: Fraktion CDU, Herr Hose
BE: komm. Leiterin des Dezernates Sicherheit, Umwelt und Sport

Auf Nachfragen der Vertreter der fragestellenden Fraktion, einigte sich der Ausschuss auf folgende Festlegung:

Drucksache 0366/25	<p>Festlegungen</p> <p>Aufgrund der in der Stellungnahme getroffenen Aussagen zu geplanten Neupflanzungen in der Magdeburger Allee, wird um Auskunft gebeten, ob derartige Neupflanzungen ebenfalls im Bereich Talstraße – Storchmühlenweg vorgesehen sind bzw. entsprechende Konzepte vorliegen.</p> <p>T: 27.02.2025 V: Beigeordneter für Bau und Verkehr</p>
-------------------------------	---

zur Kenntnis genommen

- 5.6. Anforderungsdefinition Lufthygienegutachten, Nachfrage 2091/24**
zur DS 0997/24
Fragesteller: Ortsteilbürgermeister Urbich, Herr Fitzenreiter
BE: komm. Leiterin des Dezernates für Kultur, Stadtentwicklung und Welterbe

Durch den stellv. Ortsteilbürgermeister von Urbich, Herrn Dr. Müller, wurde erneut darauf hingewiesen, dass bis zum heutigen Tag keine Stellungnahme zu den in 2022 aufgeworfenen Fragen erfolgt sei. Es sei nicht nachvollziehbar, aus welchen Gründen eine Einsichtnahme in die gutachterlichen Unterlagen verwehrt wird. Hierzu entgegnete der Beigeordnete für Bau und Verkehr, Herr Bärwolff dass eine Einsichtnahme in öffentliche Unterlagen

mittels eines formellen Antrages gem. dem Informationsfreiheitsgesetz möglich ist, dies aber nicht im Rahmen einer Anfrage erfolgen werde.

Hierzu ergänzte der Abteilungsleiter Stadtplanung des Amtes für Stadtentwicklung und Stadtplanung, dass eine intensive Beratung gemeinsam mit den Vertretern des Ortsteilrates, der Verwaltung und dem Gutachter z.B. im Rahmen einer Ausschusssitzung stattgefunden habe. Hierbei wurde u. a. die Änderung des Umgriffs des Gewerbegebiets thematisiert und der klare Auftrag erteilt ein neues Gutachten zu erstellen und auch auf die Fragen einzugehen, die nochmals vom Ortsteilbürgermeister aufgeworfen wurden. Eine Einsichtnahme in die Unterlagen nebst der Aufgabenstellung für die derzeitigen Untersuchungen sind möglich. Es wurde sodann der Vorschlag unterbreitet, die Auftragsunterlagen sowie Bereiche, welche zu untersuchen sind, allen Stadtratsmitgliedern zur Verfügung zu stellen.

Der Leiter des Amtes für Stadtentwicklung und Stadtplanung erinnerte nochmals an die umfangreiche Vorstellung des Gutachtens in diesem Ausschuss. Der anwesende Gutachter des ersten Gutachtens nahm hierbei ausführlich Stellung, auch auf die Fragen des Ortsteilbürgermeisters und seines Vertreters. Dennoch kritisierte der Ortsteilrat wenige Wochen später erneut, dass nicht alle Fragen beantwortet wurden.

Durch Herrn Dr. Müller wurde nochmals auf die Beantwortung der Verwaltung verwiesen, in welcher sich auf das Lastenheft und die daraus folgenden Definitionen bezogen wurde. Grundlegend werde die Einsichtnahme in das Original Lastenheft erbeten sowie die sich daraus ergebenden Definitionen, Definition des Lufthygienegutachtens der LEG von 2015, um die Prüfungsparameter zu beleuchten.

Abschließend verwies Frau Wahl, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN auf das Thüringer Transparenzgesetz, welches jedem Bürger, sofern keine datenschutzrechtlichen Gründe gegen eine Einsichtnahme sprechen, die Möglichkeit eröffnet öffentliche Unterlagen einzusehen. Sollten keine Datenschutzrechtlichen Hindernisse vorliegen, sollte die Einsichtnahme umgehend ermöglicht werden. Sie bedankte sich überdies für das dauerhafte Engagement in der Angelegenheit.

zur Kenntnis genommen

- | | | |
|-------------|---|----------------|
| 5.7. | Verkehrssituation - Grundschule am Schwemmbach | 2132/24 |
| | Fragesteller: Fraktion CDU, Herr Kordon | |
| | BE: Beigeordneter für Bau und Verkehr | |

vertagt

- | | | |
|-------------|--|----------------|
| 5.8. | Sachstand Projekt Gerablick in Erfurt | 2145/24 |
| | Fragesteller: Ortsteilbürgermeister Bischleben-Stedten, Herr Hicke | |
| | BE: komm. Leiterin des Dezernates für Kultur, Stadtentwicklung und Welterbe | |

Zu Beginn unterrichtete der Fragesteller und Ortsteilbürgermeister von Bischleben-Stedten, Herr Hicke über das Projekt, dessen Planungen im Jahr 2022 begannen. In der Folge seien bereits entsprechende Unterlagen zur Einleitung des Bebauungsplanverfahrens für das Baugebiet "Gerablick" eingereicht worden. Neben der Schaffung von Wohnraum sei ebenso eine weiterführende Handwerkerschule unter der Schirmherrschaft der Freien Waldorfschule Erfurt und eine Begegnungsstätte der Generationen geplant. Wider Erwarten wurden die Pläne durch die zuständigen Fachämter abgelehnt. Vor diesem Hintergrund wurde um Auskunft gebeten, welcher Sachstand hinsichtlich des Bebauungsplans seitens der Verwaltung gegeben werden könne. Zudem informierte Herr Hicke über die Anwesenheit des Projektentwicklers sowie die Schulleiterin der Freien Waldorfschule Erfurt. Durch den Ausschussvorsitzende, Herrn Kordon, Fraktion CDU, erfolgte eine Zusammenfassung des Statements seines Vorredners. Aufgrund der Anwesenheit der Gäste, bat Herr Kordon die Ausschussmitglieder um Erteilung des Rederechts. Dieses wurde einstimmig genehmigt.

Durch den zuständigen Abteilungsleiter Stadtentwicklung, des Amtes für Stadtentwicklung und Stadtplanung, wurden nochmals die Hintergründe der Versagung aus Sicht seines Fachamtes dargestellt. Er verwies des Weiteren ebenso auf die durch das Umwelt- und Naturschutzamtes ablehnende Beurteilung. Es wurde erinnert, dass grundlegend ein Nachweis erbracht werden muss, dass Ausgleichsflächen geschaffen werden, welcher bis heute nicht vorgelegt wurde. Außerdem fehle es hinsichtlich der Planungen zur Erweiterung des Kindergartens an einem tatsächlichen Bedarf an Kita-Plätzen.

Durch den Projektentwickler wurde entgegnet, dass vor Beantragung des strittigen B-Plans ein Gutachten in Auftrag gegeben wurde, welches ein positives Ergebnis bzgl. einer Bebauung der drei Hektar un bebauten Land gezogen habe. Die nun durch die Fachämter vorgebrachte Versagungsgründe seien aus diesem Grund nicht nachvollziehbar. Die Schulleiterin der Waldorfschule ergänzte, dass es u. a. auf dem Gelände des Waldkindergartens an einem Gebäude fehle, welches eben auch auf diesem Grundstück errichtet werden solle.

Der sachkundige Bürger, Herr Prechtel, erwiderte, dass in der Stellungnahme konkrete Hinweise gegeben wurden, welche Defizite seitens des Investors ausgeräumt werden müssten, um das Vorhaben weiterführen zu können. Unter Bezugnahme auf die fehlenden Bedarfe aufgrund bereits zwei existierender Kindergärten, unterbreitete Herr Möller, Fraktion SPD & PIRATEN, den Vorschlag sich hinsichtlich dieses Fachtermini an das Jugendamt zu wenden.

Aufgrund der scheinbaren Missverständnisse hinsichtlich der Versagungsgründe, unterbreitete der Leiter des Amtes für Stadtentwicklung und Stadtplanung abschließend das Angebot, im Rahmen eines persönlichen Gesprächs, zwischen dem Ortsteilbürgermeister, dem Projektinvestor sowie Vertretern der Waldorfschule, die genauen Hintergründe für die Ablehnung zu erörtern und ggf. Lösungsansätze zu finden. Das Angebot wurde dankend angenommen.

zur Kenntnis genommen

- 5.9. Förderprogramm für „Natürlichen Klimaschutz in Kommunen“: Hat sich Erfurt daran beteiligt? 2169/24
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Robeck
BE: komm. Leiterin des Dezernates für Kultur, Stadtentwicklung und Welterbe

Frau Wahl, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, bedankte sich im Namen des Fragestellers für die Beantwortung.

zur Kenntnis genommen

6. Behandlung von Entscheidungsvorlagen
- 6.1. Widmung der Straßen "Bürgermeister-Karst-Gasse" und "Pfarrer-Andreä-Weg" in Stotternheim 1037/24
BE: Leiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes
hinzugezogen: Ortsteilbürgermeister von Stotternheim

Es bestand kein Beratungsbedarf. Der Ausschussvorsitzende, Herr Kordon, Fraktion CDU, bat die Ausschussmitglieder sodann über die Drucksache zu votieren:

beschlossen Ja 12 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

Beschluss

01

Die nachfolgend benannten Straßen werden entsprechend Lageplan (Anlage 1¹) gemäß § 6 Thüringer Straßengesetz (ThürStrG), dem öffentlichen Verkehr gewidmet:

Bürgermeister-Karst-Gasse
Pfarrer-Andreä-Weg.

02

Die Einstufung gemäß § 3 ThürStrG erfolgt entsprechend ihrer Verkehrsbedeutung als Gemeindestraße.

03

Straßenbaulastträger ist die Stadt Erfurt.

¹ Als Anlage 1 der öffentlichen Niederschrift beigelegt

6.2. **Komplexobjekt Graf-Gotter-Straße Süd in Molsdorf - Be- 1044/24**
stätigung der Entwurfsplanung
BE: Leiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes
hinzugezogen: Ortsteilbürgermeister von Molsdorf

Durch den Ortsteilbürgermeister von Molsdorf, Herrn Schönau, wurde informiert, dass der Ortsteilrat der Drucksache zugestimmt habe, jedoch eine Versetzung des Radweges wünsche. Er erläuterte die Hintergründe und verwies auf die Steigerung der Verkehrssicherheit bei Verlegung der Wegführung. Hierzu erklärte ein Mitarbeiter des zuständigen Tiefbau- und Verkehrsamtes, dass bereits ein Prüfauftrag bzgl. einer Verlegung des Radweges vorläge und die Bearbeitung erfolgen wird. Eine Einbindung des Ortsteilrates wurde zugesichert.

Die Ausschussmitglieder einigten sich aufgrund der getroffenen Aussagen auf die nachstehende Festlegung:

Drucksache 0368/25	Festlegungen Bezugnehmend auf den an das Tiefbau- und Verkehrsamt gestellten Prüfauftrag des Ortsteilrates Molsdorf, wegen einer Änderung der Wegführung des Radweges, zur Erhöhung der Verkehrssicherheit aller Verkehrsteilnehmer, bittet der Ausschuss nach erfolgter Auswertung um Weiterleitung der Prüfergebnisse an die Mitglieder des Fachausschusses. T: 03.04.2025 V: Beigeordneter für Bau und Verkehr
-------------------------------------	---

Bezüglich der Anfrage durch Herrn Prectl, Fraktion Mehrwertstadt, ob ein Austausch des Pflasters möglich wäre bzw. welche Alternativen bestünden, entgegnete Herr Schönau, dass der Ortsteil an dem Pflaster festhalten möchte, da es sich optisch viel harmonischer in das gesamte Ensemble einfüge. Weitere Fragen lagen nicht vor.

beschlossen Ja 12 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Beschluss

Die Entwurfsplanung Graf-Gotter-Straße Süd sowie die Verrohrung des Bergborns in Molsdorf (Anlage 1-13²) werden im Sinne des §10 Abs.3 ThürGemHV beschlossen und bilden die Grundlage für die weiteren Planungsphasen sowie die Ausschreibung der Bauleistungen.

² als Anlagekonvolut 2 der öffentlichen Niederschrift beigelegt

6.3. Neubau Sporthalle für die GEM 6 in Hochheim
BE: Leiter des Amtes für Gebäudemanagements
hinzugezogen: Ortsteilbürgermeister von Hochheim

1484/24

Es erfolgte eine Behandlung der Angelegenheit nebst Änderungsantrag des Ortsteilbürgermeisters von Hochheim, Herrn Peschke, direkt nach der Behandlung des Tagesordnungspunktes 5 – Behandlung von Anfragen:

Eingangs gab der Beigeordnete für Bau und Verkehr, Herr Bärwolff einen kurzen Überblick zum Bauvorhaben und zur Entwicklung des Schulstandortes Hochheim. Herr Bärwolff verwies auf die zur Drucksache gehörigen Anlagen, in welchen mehrere Varianten erstellt und geprüft wurden.

Durch den Ortsteilbürgermeister wurde erinnert, dass im Jahr 2017 durch den Erfurter Stadtrat der Schulstandort Hochheim beschlossen wurde. Der notwendige Bebauungsplan folgte im Jahr 2022. Herr Peschke bat vor diesem Hintergrund um Verständnis, dass sich die Meinungen zur Umsetzung im Laufe der Jahre verändert haben. Unter Verweis auf die stattgefundene Ortsteilratssitzung teilte er mit, dass beim Festhalten der präferierten Bauvariante keine Zustimmung seitens des Ortsteilrates bestehe. Auch seien die weiteren fünf Ortsteile, welche regelmäßig die Turnhalle sowie Kegelbahn nutzen, gegen die Umsetzung gem. dem Vorschlag der Verwaltung. Als Kompromiss wurde vorgeschlagen, das geplante Gebäude um ein Stockwerk zu erweitern, um so Räumlichkeiten für die Kegelbahn zu schaffen. Weiterhin sprach sich Herr Peschke für den Erhalt der vorhandenen Turnhalle aus und verwies auf seinen eingereichten Änderungsantrag. Herr Peschke informierte zudem über die Anwesenheit des Schulleiters der Gemeinschaftsschule „Steigerblick“. Auf Nachfragen des Ausschussvorsitzenden, Herrn Kordon, Fraktion CDU wurde diesem einstimmig das Rederecht erteilt. Es wurde aus Sicht der Schulleitung nochmals erläutert, wie zwingend notwendig der Erhalt der „alten“ Sporthalle und des Sportplatzes sei. Bereits jetzt stoße man an die Kapazitätsgrenzen, was vermehrt zum Ausfall des Sportunterrichts führe. Zudem warb er für das Neubauprojekt.

Im Hinblick auf die geäußerte Kritik der bereits jetzt vorherrschenden Platzproblematik, entgegnete der Leiter des Amtes für Gebäudemanagement, dass unter Einbeziehung des Amtes für Bildung, die Planungen zur 2-Felderhalle mit drei Querfeldern, abgestimmt wurden und Zustimmung bestand. Zudem liegt bereits ein positiver Bescheid der Bauvoranfrage zur Variante 2 vor. Herr Bärwolff ergänzte, dass bei einer Umplanung neben finanziellen Mehrkosten, auch mit einer immensen zeitlichen Verzögerung zu rechnen sei.

Unter Bezugnahme auf die Kerndiskussion, bat Herr Möller, Fraktion SPD & PIRATEN, um Auskunft, ob tatsächlich ein Abriss der Turnhalle geplant sei. Weiter unterbreitete er den Vorschlag, ob zumindest eine Prüfung erfolgen könne, nach welcher die Pläne des Ortsteilrates untersucht werden könnten. Also ein Erhalt des Altgebäudes unter Einbindung eines Anbaus, in welchen die Kegelhalle verortet werden könnte.

An der Beratung beteiligten sich in der Folge Herr Möller und Herr Städter, Fraktion SPD & PIRATEN, Herr Prechtl, Fraktion Mehrwertstadt, Frau Wahl, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE

GRÜNEN, Herr Peschke, Ortsteilbürgermeister, Herr Dr. Warweg, Herr Herb und Herr Ilse-
mann, sachkundiger Bürger.

Folgende Themenkomplexe wurden debattiert:

- Finanzielle und zeitliche Auswirkungen bei Änderungen der Baupläne zum Neubau
- Grundstücksankauf angrenzender Flächen zur Erweiterung des Gebäudes
- Änderung des Ortes der der Pkw- und Fahrradstellplätze
- Erweiterung des Gebäudes um eine weitere Etage

Bezüglich der Erläuterungen des Leiters des Amtes für Gebäudemanagements und des Lei-
ters des Amtes für Stadtentwicklung und Stadtplanung zu den zwingend zu schaffenden
Pkw- und Fahrradabstellplätzen, einigte sich der Ausschuss auf folgende Festlegung:

Drucksache 0369/25	Festlegungen Aufgrund der getroffenen Aussagen hinsichtlich der Mindestanzahl von PKW- sowie Fahrradstellplätzen auf Schulgeländen, wird durch den Ausschuss eine Übersicht erbeten, welcher Stellplatzbedarf bei Schulneubauten derzeit formell rechtlich erforderlich ist. T: 27.02.2025 V: Beigeordneter für Bau und Verkehr
-------------------------------	--

Wegen der Unterbreitung eines alternativen Standorts für das gesamte Projekt, einigte
sich der Ausschuss außerdem auf folgende Festlegung:

Drucksache 0370/25	Festlegungen Aufgrund der vorliegenden Problematik zum Erhalt der Kegelbahn in Hochheim, wird der Prüfauftrag erteilt, welche Alternativstandorte auf dem Schulgelände bzw. den angrenzenden Grundstücken für die Er- richtung eines Ersatzneubaus für die Kegelbahn möglich wären. Vor- rangig ist zu prüfen, ob die Kegelbahn direkt neben der „alten“ Turn- halle errichtet werden könnte. T: 03.04.2025 V: Beigeordneter für Bau und Verkehr
-------------------------------	---

Hinsichtlich der Ideen über eine Erweiterung des Neubaus um eine weitere Etage, erläu-
terte der Leiter des Amtes für Gebäudemanagements sowie der Beigeordnete, Herr Bärwolff,
dass dies nur im Rahmen eines Genehmigungsverfahrens möglich wäre und nicht zugesich-
ert werden kann, dass eine Genehmigung erteilt wird. Die im Antrag des Ortsteilbürger-
meisters geplante Gebäudehöhe ist nicht genehmigungsfähig und die Neuplanungen wür-
den erneut mindestens ein Jahr der Planung in Anspruch nehmen.

Protokollnotiz

Aufgrund der Befürchtung des Abrisses der „alten“ Sporthalle, unterbreitete der sachkundigen Bürger, Herr Dr. Warweg, den Vorschlag, dass noch einmal klargestellt werden könnte, dass mit dem Beschluss nicht der der Abriss der Turnhalle beschlossen wird. Durch den Beigeordneten für Bau und Verkehr, wurde vor dem Hintergrund des Vorschlages nochmals vertieft erläutert, dass mitnichten durch ein positives Votum zur Entscheidungsvorlage ein Abriss der Schulsporthalle besiegelt werden würde. Bei der hier zur Abstimmung vorliegenden Beschlussvorlage handele es sich um den Grundsatzbeschluss zum Start der Baumaßnahme selbst. Der Abbruch der alten Turnhalle ist nicht Bestandteil der Drucksache.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, bat der Ausschussvorsitzende die stimmberechtigten Mitglieder zunächst über den Änderungsantrag (Drucksache 0187/25) abzustimmen, welcher wie folgt abgelehnt wurde.

Ja 6 Nein 9 Enthaltung 0 Befangen 0

Die Ursprungsdrucksache wurde mit nachstehenden Ergebnis bestätigt:

beschlossen Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

01

Die Variantenuntersuchung für das Investitionsvorhaben "Neubau Schulsporthalle für die GEM 6 in Hochheim " wird im Sinne des § 10 Abs. 2 ThürGemHV bestätigt.

02

Gemäß § 10 Abs. 2 ThürGemHV wird die Variante 2 (Anlage 2.1³) als Vorzugslösung beschlossen und bildet die Grundlage für die weiteren Planungen.

6.3.1. **Antrag Ortsteilbürgermeister Hochheim zur DS 1484/24 - 0187/25**
 Neubau Schulsporthalle für die GEM 6 in Hochheim

abgelehnt Ja 6 Nein 9 Enthaltung 0 Befangen 0

³ als Anlage 3 der öffentlichen Niederschrift beigefügt

7. Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates

- 7.1. Sondernutzungsgebühren: Innenstadt beleben, Außen-
gastroflächen kostengünstig erweitern 1236/24
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
hinzugezogen: komm. Leiterin des Dezernates für Sicher-
heit, Umwelt und Sport

vertagt

- 7.2. Schulweg in Kerspleben sicher gestalten 1919/24
BE: Vertreter Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Beigeordneter für Bau und Verkehr; Orts-
teilbürgermeister von Kerspleben

zurückgezogen

- 7.3. Maßnahmen gegen Sachbeschädigungen in Schulen und
Turnhallen 2409/24
BE: Vertreter der Fraktion AfD
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für So-
ziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

Auf die Frage von Herrn Schlösser, Fraktion AfD, ob allgemein eine Kontaktaufnahme zu den Schulleitern erfolgt ist, ob Maßnahmen zur Sicherung der Schulgebäude benötigt werden, verwies der Leiter des Amtes für Gebäudemanagement auf die Stellungnahme zur Drucksache. Eine Installation der Einbruchmeldeanlagen richte sich oft nach den Forderungen des Gebäudeversicherers und werde dementsprechend umgesetzt.

Es bestand kein weiterer Beratungsbedarf. Der Ausschussvorsitzende bat die Ausschussmitglieder sodann über die Drucksache zu votieren.

abgelehnt Ja 3 Nein 11 Enthaltung 0 Befangen 0

- 7.4. Änderung Beschluss 1095/24 - Konzept Winterdienst in
der Stadt Erfurt für die Winterperioden 2024/25 - 2026/27 0047/25
BE: Ortsteilbürgermeister von Vieselbach
hinzugezogen: Beigeordneter für Bau und Verkehr

Es erfolgte ein mündlicher Antrag des Beigeordneten für Bau und Verkehr, Herrn Bärwolff, in Fassung der Verwaltung abzustimmen. Hierzu erhob sich kein Widerspruch. Der Vorsitzende, Herr Kordon, bat die Ausschussmitglieder um Votum über die Drucksache im Form der Stellungnahme der Verwaltung.

Der nachstehende Beschlusstext in Fassung der Verwaltung wurde bestätigt:

Der Beschluss 1095/24 vom 11.12.2024 - Konzept Winterdienst in der Stadt Erfurt für die Winterperioden 2024/25 - 2026/27- wird in der Anlage 2 um den nachfolgenden Text geändert und ergänzt:

NEU:

<i>AN/ Stufe</i>	<i>K./B- Straße</i>	<i>Straßen- name</i>	<i>Straßenabschnitt von ... bis ...</i>	<i>D- Netz</i>	<i>Lage</i>
A-67 SW	OS	Amtsberg	Straße der Jugend und Amtsberg – Pflegeheim	13	VIE

bestätigt mit Änderungen Ja 12 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0

- 7.5. Verbesserte Zustandsbewertung und Maßnahmenplanung 0055/25
für Schulgebäude
BE: Vertreter der Fraktion AfD
hinzugezogen: Beigeordneter für Bau und Verkehr**

Es bestand kein Beratungsbedarf. Der Ausschussvorsitzende, Herr Kordon, Fraktion CDU, bat die Ausschussmitglieder über die Drucksache abzustimmen.

abgelehnt Ja 2 Nein 11 Enthaltung 0 Befangen 0

- 8. Festlegungen des Ausschusses**

- 8.1. Regelmäßige Berichterstattung - Modellvorhaben zur Wei- 0356/20
terentwicklung der Städtebauförderung (DS 2645/19)
BE: komm. Leiterin des Dezernates für Kultur, Stadtent-
wicklung und Welterbe**

Herr Prechtel, Fraktion Mehrwertstadt, erlaubte sich den Hinweis, dass es zukünftig sicherlich ausreichend sei lediglich die aktuelle Stellungnahme den Ausschussmitgliedern zu Verfügung zu stellen.

vertagt

- 8.2. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des SBUKV vom 24.10.2024 zum TOP 5.7 - Barrierefreiheit der Musikschule - Handlungsbedarf für Schüler im Rollstuhl (DS 1079/24) – hier: kurzfristiger Lösungsansatz
BE: Beigeordneter für Bau und Verkehr 2075/24

Im Hinblick auf die noch laufende Prüfung zur Senkung bzw. Überwindung der vorhandenen Barrieren in der Musikschule Erfurt, einigte sich der Ausschuss aufgrund der Nachfragen des Fragestellers, Herrn Kordon, Fraktion CDU, auf folgende Festlegung:

Drucksache 0367/25	Festlegungen Unter Bezugnahme auf die Stellungnahme des Amtes für Gebäudemangement, bittet der Ausschuss um Mitteilung zur Darstellung des aktuellen Sachstandes. T: 27.02.2025 V: Beigeordneter für Bau und Verkehr
------------------------------	--

zur Kenntnis genommen

- 8.3. Festlegung aus der öffentl. Folgesitzung des SBUKV vom 29.10.2024 zum TOP 4.1 - EFRE-Förderung für das Projekt der SWE UmweltService GmbH (DS 1536/24) hier: CO2-Einsparungen 2128/24
BE: komm. Leiterin des Dezernates für Kultur, Stadtentwicklung und Welterbe

Aufgrund der vorliegenden Stellungnahme, empfand Herr Prechtel, Fraktion Mehrwertstadt die benannten Werte dennoch als hoch.

zur Kenntnis genommen

- 8.4. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des SBUKV vom 21.11.2024 zum TOP 4.2 - Besetzung der Pforte am Hauptfriedhof (Drucksache 1798/24) - hier: Personelle und finanzielle Auswirkungen einer Ausweitung der Öffnungszeiten 2366/24
BE: Beigeordneter für Bau und Verkehr

zur Kenntnis genommen

- 8.5. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des SBUKV vom 21.11.2024 zum TOP 4.5 - Bürgerhaus in Schwerborn (Drucksache 1857/24) - hier: Brandschutzkonzept
BE: Beigeordneter für Bau und Verkehr 2368/24

Unter Bezugnahme auf die Stellungnahme der Verwaltung, erkundigte sich Herr Frenzel, Fraktion SPD & PIRATEN, ob bereits eine Zeitschiene benannt werden könne, wann die entsprechenden Maßnahmen durchgeführt werden. Der Leiter des Amtes für Gebäudemanagement erläuterte, dass noch weitere Maßnahmen ausstehen und zeitnah das Brandschutzkonzept umgesetzt werden soll.

zur Kenntnis genommen

9. Informationen

- 9.1. „Neue Mitte Südost“ – weiteres Verfahren, Planungsvergabe nach § 18 VgV als Wettbewerblicher Dialog
BE: Leiter des Amtes für Stadtentwicklung und Stadtplanung 1409/24

Es bestanden seitens der Ausschussmitglieder keine Fragen.

zur Kenntnis genommen

- 9.2. Sachstandsbericht ICE-City-Ost, DB Campus, Bebauungsplan KRV706
BE: Leiter des Amtes für Stadtentwicklung und Stadtplanung
hinzugezogen: Vertreter der Deutschen Bahn AG 2491/24

Wie bereits unter dem Tagesordnungspunkt 2 – Änderungen der Tagesordnung – mitgeteilt, wurde die Drucksache auf die kommende Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr vertagt.

vertagt

- 9.3. Haushaltsplanung 2024/2025 - Haushaltsbegleitbeschluss Nr. 21 - Information zum Umsetzungsstand von Investitionen
BE: Beigeordneter für Bau und Verkehr 2512/24

Durch Herrn Möller, Fraktion SPD & PIRATEN, wurde sich erkundigt, aus welchem Grund keine Investitionsmittel zum Pop-Up-Museum zu finden sind und mit welchen Mitteln die Stadtverwaltung Erfurt plant, die notwendigen Investitionen zu finanzieren. Hierzu erklärte der Beigeordnete für Bau und Verkehr, Herr Bärwolff, dass tatsächlich keine Mittel für das Pop-Up-Museum eingeplant wurden. Die notwendige Anfrage an die Kulturdirektion wurde bereits gestellt. Eine Finanzierung sei über außerplanmäßige Entnahmen der bereitgestellten Mittel aus dem Naturkundemuseum angedacht. Hierzu bat Herr Möller um Nennung der angedachten Höhe der Entnahmen. Der Leiter des Amtes für Gebäudemanagement benannte die zur Verfügung stehenden Mitteln des Haushalts sowie den Anteil, welcher durch den Freistaat Thüringen eingeflossen ist. Zahlungen sind zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht erfolgt. Eine Zuführung sei möglich, da diese Gelder durch das Naturkundemuseum nicht genutzt werden können. Abschließend bat Herr Möller um Auskunft, wie mit den Geldern des Freistaates verfahren werden muss, um eine Zuführung an das Pop-Up-Museum zu ermöglichen. Hierzu erklärte Herr Bärwolff, dass diese Frage im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben geklärt werden und durch die Stadtkämmerei beantwortet werden muss.

zur Kenntnis genommen

9.4. Mündliche Informationen

Im Vorfeld zur Sitzung wurden keine mündlichen Informationen abgefordert.

9.5. Sonstige Informationen

Der Beigeordnete für Bau und Verkehr, Herr Bärwolff, informierte, dass Nahverkehrsprobleme der Erfurter Verkehrsbetriebe AG (EVAG) noch nicht vollständig gelöst werden konnten und noch neun Planstellen zu besetzen sind. Vor diesem Hintergrund bestünden bereits Pläne der EVAG ggf. Kollegen aus dem Ruhestand „zurückzuholen“, um eine Rückkehr zum vorherigen Fahrplan zu ermöglichen. Zudem sind Ende Februar Gespräche mit den Fraktionen geplant, um über die weitere Vorgehensweise zu informieren. Abschließend verwies Herr Bärwolff nochmals auf den Sonderfahrplan der EVAG. Dieser konnte nun fast aufgehoben werden. Die gesetzlichen Vorgaben werden wieder eingehalten.

Der zuständige Abteilungsleiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes gab bekannt, dass die Mängel an der Brücke in der Schwarzburger Straße begutachtet und entsprechende Maßnahmen in die Wege geleitet werden. Außerdem informierte er, dass der Ortsteilrat vor dem Hintergrund der Einschränkungen der Brücke der Änderung der Buslinienführung bereits zugestimmt habe, damit die entsprechenden Maßnahmen schnellstmöglich umgesetzt werden können. Es wurde mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass eine Situation wie in Dresden (Einsturz der Carolabrücke) verhindert werden muss. Hierzu erklärte Herr Bärwolff, dass der Ausschuss umgehend informiert werde, sobald das Gutachten abgeschlossen ist. Auf Nachfragen des Ausschussvorsitzenden, Herrn Kordon, Fraktion CDU, welche Übergangspläne bestehen, informierte Herr Bärwolff, dass das Expertenteam der Carolabrücke für entsprechend Untersuchungen Anfang/ Mitte Februar gewonnen werden

konnte. Eine Vorstellung des Konzepts bzw. der Ergebnisse soll im Anschluss stattfinden. Eine mögliche Interimslösung ist die vollständige Sperrung der Brücke unter Errichtung eines Ersatzneubaus. Es wurde weiter um Auskunft gebeten, ob noch weitere Brücken in einem so starken sanierungsbedürftigen Zustand seien. Hierbei wurde u.a. die Brücke Nordhäuser Straße/ Straße der Nationen benannt. Es wurde ergänzt, dass durch die Abteilung Brücken alle Probleme bekannt sind und die Prüfungsintervalle bereits vor geraumer Zeit verkürzt wurden. Herr Prechtel, Fraktion Mehrwertstadt, bedankte sich für die umfangreichen Informationen und äußerte die Bitte bei der Planung der Linienführung ggf. einen Zwischenhalt für den Schulbusverkehr mit zu berücksichtigen.

Nachdem kein weiterer Informationsbedarf bestand, beendete der Ausschussvorsitzende, Herr Kordon die öffentliche Sitzung. Die Nichtöffentlichkeit wurde hergestellt.

gez. Kordon
Vorsitzender

gez. 
Schriftführer/in